

Integrierte Versorgungsstützpunkte– ein zukunftsweisender Ansatz in der Dorferneuerung?

**Ausgewählte Ergebnisse vorbereitender Untersuchungen
für ein Modellvorhaben des Landes Schleswig-Holstein**

1. Problemstellung und Zielsetzung der Untersuchung

Zunehmend ist in den letzten Jahren die Forderung erhoben worden, die gängige Dorferneuerungspraxis durch strukturverbessernde Maßnahmen in Richtung auf eine umfassendere Dorfentwicklungsstrategie auszubauen. Dabei liegt es auf der Hand, daß die Elemente einer solchen Strategie entsprechend den dörflichen Maßstabsverhältnissen sehr kleinteilig sind. Angesichts fortbestehender, sich unter den aktuellen Rahmenbedingungen (europäische Integration, verschärfter Wettbewerb im Handel, Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand) eher verstärkender Konzentrationsprozesse im ländlichen Raum bedeutet dies unter anderem, daß eine verantwortungsbewußte Dorfentwicklungspolitik zuerst einmal den Bestand einer örtlichen Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen zu sichern hat.

Unter dem Druck einzelbetrieblicher Wirtschaftlichkeitsüberlegungen kann eine gezielte Integration von Waren- und Dienstleistungsangeboten an dezentralen Standorten eine interessante Alternative zur räumlichen Konzentration von Angebotsstandorten darstellen. Da sich mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß das örtliche Lebensmittelgeschäft neben der Versorgungsaufgabe eine zentrale soziale Funktion für die örtliche Gemeinschaft innehat, liegt der Gedanke nahe, dieses zum integrierten Versorgungsstützpunkt auszubauen, zumal einige zusätzliche Funktionen (z.B. Poststelle) in vielen Gegenden eine lange Tradition haben.

Die Übertragung von Zusatzfunktionen auf Dorfgeschäfte, wie sie in Dänemark zwischen 1985 und 1987 auf breiter Front praktiziert wurde, hat das "Sterben" kleiner Läden zumindest verlangsamt und das örtliche Problembewußtsein gestärkt. Angesichts dieser Erfahrungen lag es nahe, die Übertragbarkeit dieses Ansatzes auf deutsche Verhältnisse zu prüfen. Mit dieser Aufgabe

hat der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei des Landes Schleswig-Holstein im Frühjahr 1989 die Schleswig-Holsteinische Landesgesellschaft mbH beauftragt, wobei die vorbereitenden Untersuchungen an das Geographische Institut der Universität Kiel vergeben wurden. Ziel der vorbereitenden Untersuchungen war es, aus den damals 37 von der Schleswig-Holsteinischen Landesgesellschaft im Rahmen der Dorfneuerungen betreuten Gemeinden bzw. Ortschaften geeignete Orte auszuwählen, die für die Durchführung eines Modellvorhabens "Sicherung der Grundversorgung im Rahmen der Dorferneuerung" in Frage kämen.

2. Ablauf der Untersuchungen

Im Zuge der ersten Sondierungen reduzierte sich die Zahl der potentiell geeigneten Gemeinden relativ schnell. So mußten Orte mit mehreren Lebensmittelgeschäften sowie Orte ohne stationäre Versorgung ausscheiden, ebenso Orte mit zentralörtlichen Funktionen oder in unmittelbarer Hamburg-Randlage. Auch Orte, in denen die Inhaber der Lebensmittelgeschäfte wegen bevorstehenden Ruhestandes oder aus anderen Gründen nicht die nötigen Voraussetzungen für ein Modellvorhaben boten, konnten nicht weiter berücksichtigt werden.

Für die intensive Phase der vorbereitenden Untersuchungen, die sich über einen sechsmonatigen Zeitraum erstreckten, einigten wir uns mit den Auftraggebern schließlich auf sechs Untersuchungsorte, nämlich die Gemeinden Barsbek (Krs. Plön, 519 Einw.), Bimöhlen (Krs. Segeberg, 641 Einw.), Fahrenkrug (Krs. Segeberg, 1 202 Einw.) und Hohenfelde (Krs. Plön, 814 Einw.) sowie die Ortsteile Füsing (ca. 350 Einw.) der Gemeinde Schaalby (Krs. Schleswig-Flensburg) und Eichede (ca. 620 Einw.) der Gemeinde Steinburg (Kreis Stormarn). Als siebte Gemeinde wurde die Gemeinde Osterby (Krs. Rendsburg-Eckernförde, 750 Einw.) in die Untersuchungen einbezogen, da das Lebensmittelgeschäft in Osterby aus unserer Sicht bereits heute mustergültig geführt wird und über einige wesentliche Zusatzfunktionen (Zahlstelle einer Bank, Lottoannahme, Filmentwicklung, Reinigungsannahme) verfügt. Mit der Einbeziehung der Gemeinde Osterby verfolgten wir das Ziel, die Untersuchungsergebnisse in den anderen Orten mit einer "Mustergemeinde" vergleichen zu können.

Im einzelnen wurden für jeden der sieben Orte folgende Untersuchungsschritte durchgeführt:

- Bestandsaufnahme des Handels- und Dienstleistungsangebots im Untersuchungsort und seinem Umland (5-km-Radius),
- vertiefte Untersuchung des Lebensmittelgeschäfts (Warenangebot, bauliche Verhältnisse, ausführliche Gespräche mit den Inhabern),
- Verhandlungen mit den beteiligten Handelsketten sowie den Anbietern öffentlicher und privater Dienstleistungen (Bundespost, Kreditinstitute, Nordwest-Lotto, Fotolabor, Textilreinigungsunternehmen, Apothekerkammer),
- Gespräche mit Kommunalpolitikern und Mitarbeitern der Amts- und Kreisverwaltungen,
- Haushaltsbefragungen (709 Interviews anhand eines standardisierten Fragebogens), ergänzt durch einzelne "offene" Intensivinterviews.

Bereits während der Untersuchungen zeigte sich, daß die Betreuung eines derartigen Projekts mit erheblichem Zeit- und Überzeugungsaufwand verbunden ist. Sollte das Projekt nach der

Modellphase zum Regelfall werden, ist aus unserer Sicht in jedem Fall eine hauptamtliche Projektmoderation erforderlich. Bei unseren vorbereitenden Untersuchungen wirkte sich erschwerend aus, daß wir in den Gesprächen mit Einzelhändlern, Kommunalpolitikern und anderen Partnern nicht auf bereits realisierte Beispiele verweisen konnten und daß insbesondere bei den Einzelhändlern eine zum Teil tiefsitzende Skepsis zu überwinden war. Erstaunlich war, daß nur in einer einzigen Gemeinde eine nachhaltige Unterstützung seitens des Bürgermeisters gewährt wurde. Unsicherheit bestand schließlich bis kurz vor Abschluß der Untersuchungen über Modalitäten, Bedingungen und Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes.

3. Ergebnisse der Haushaltsbefragungen

Einige Ergebnisse der Haushaltsbefragungen geben Anlaß zum Nachdenken und weisen auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der im Modellvorhaben verfolgten Strategie hin. So kaufen 64,2 % der Haushalte vorwiegend oder ausschließlich außerhalb des eigenen Dorfes ein; in der optimal versorgten Gemeinde Osterby lag der entsprechende Anteil zwar deutlich niedriger, betrug jedoch immer noch 43,9 %. Als Gründe für den auswärtigen Einkauf werden am häufigsten das billigere Angebot (76 %), die größere Auswahl (52,8 %) sowie die Kombination mit anderen Wegen (33,9 %) genannt. In einem gewissen Gegensatz zu diesen Ergebnissen steht die Tatsache, daß im Durchschnitt aller Orte 69,6 % zufrieden mit dem Dorfgeschäft sind, nur 28,1 % wünschen billigere Waren. 42,7 % äußern keine Veränderungswünsche, immerhin 73,8 % halten das Lebensmittelgeschäft für den Mittelpunkt des Ortes, und nicht weniger als 85,7 % würden die Schließung des Ladens bedauern. Zu überraschend positiven Antworten kam es auch bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem örtlichen Dienstleistungsangebot: 68,7 % der Haushalte waren damit zufrieden, nur 10 % unzufrieden. Sogar in der Gemeinde, in der die Poststelle vor zehn Jahren geschlossen wurde, in der die Bankzahlstelle nur zwei Stunden in der Woche geöffnet ist und die über keinerlei Anschluß an das ÖPNV-Netz verfügt, äußerten noch 55,7 % Zufriedenheit mit dem Dienstleistungsangebot! Diese überraschend günstige Einschätzung trotz objektiv vorhandener Mängel dürfte vor allem darin begründet sein, daß es nur Haushalte ohne Pkw sind, die tatsächlich auf das örtliche Angebot angewiesen sind. Der Anteil dieser Haushalte liegt bei 12,3 %, womit auch der Prozentsatz der von den Versorgungsmängeln "wirklich Betroffenen" gekennzeichnet ist.

Außerdem ergab sich aus den Intensivinterviews, daß ein beachtlicher Teil der Dorfbewohner bereits resigniert hat und eine Verbesserung der Versorgungssituation für grundsätzlich unrealistisch hält, was jedoch auch auf einem schwach ausgeprägten Selbstbewußtsein der dörflichen Bevölkerung beruhen kann. Hinzu kommt, daß die Solidarität der Dorfbewohner mit ihren lokalen Handels- und Dienstleistungseinrichtungen sehr gering ausgeprägt ist; zu selten wird über die Konsequenzen eigener Gewohnheiten nachgedacht.

4. Ergebnisse der übrigen Untersuchungen und Verhandlungen

Trotz sorgfältiger Auswahl der Untersuchungsgemeinden konnten wir nur zwei Orte für die Durchführung eines Modellvorhabens empfehlen. Da der Kern unserer Konzeption in der Übertragung zusätzlicher Dienstleistungsangebote auf den Kaufmann lag, stellte sich unter anderem das Problem, daß in einigen Orten diese Angebote (noch!) am Ort vorhanden waren bzw. eine Kooperation nicht erreicht werden konnte. In einem Fall hatte sich die Raiffeisenbank zur Einrichtung einer Bankstelle in einem

Laden bereiterklärt, doch schreckte der Kaufmann im letzten Augenblick zurück. Im selben Ort gab es überraschend auch deswegen Probleme, weil der ortsansässige Bäcker ein – wenn auch bescheidenes – Lebensmittelsortiment führt und es nach Ansicht der Gemeinde zu Konflikten hätte kommen können, wenn nur einer der Konkurrenten gefördert worden wäre.

Einige Zusatzfunktionen, die in den dänischen Projekten eine besondere Rolle gespielt hatten, erwiesen sich als nicht übertragbar. Namentlich handelt es sich um die in Dänemark weit verbreiteten Terminals zur Bargeldauszahlung mittels der landesweit verbreiteten Kreditkarte "Dankort" sowie die Ausgabe von hierzulande apothekenpflichtigen Medikamenten. Nicht klären ließ sich innerhalb des Untersuchungszeitraums, ob die in Dänemark verschiedentlich anzutreffende Einrichtung von Bibliotheksfilialen in Lebensmittelgeschäften auch hierzulande möglich ist.

Die Kooperationsmöglichkeit der angesprochenen Handelsketten und Anbietern von Dienstleistungen war sehr unterschiedlich. Sehr kooperativ zeigten sich die Lotto-Zentrale und die Raiffeisen-Banken. Die Bundespost war zwar gesprächsbereit und untersuchte in drei Orten die Möglichkeiten zur Einrichtung einer Poststelle; wegen des negativen Ergebnisses dieser Untersuchungen kam es jedoch bedauerlicherweise in keinem Fall zu einer Kooperation, wobei zu erwähnen ist, daß die Post die "Unwirtschaftlichkeit" einer Poststelle selbst definiert und auch in der Gemeinde, wo der von ihr selbst festgesetzte Schwellenwert nur knapp verfehlt wurde, keine Flexibilität zeigte. Gespräche mit Textilreinigungen sowie Foto-Großlabors lassen es empfehlenswert erscheinen, diese Zusatzfunktionen in ländlichen Einzelhandelsgeschäften zukünftig verstärkt in Betracht zu ziehen.

Auftragsgemäß wurde auch der Frage nachgegangen, welche Möglichkeiten das Ladenschlußgesetz bietet, die Konkurrenzsituation kleiner Dorfgeschäfte zu verbessern. Während wir diesbezüglich keine "Gesetzeslücken" auf tun konnten, führten Gespräche mit Experten zu einer näheren Überprüfung der Vorschriften des Gaststättengesetzes. Analog zur Praxis der Tankstellen, die durch ihr breites Angebot im Food-Bereich faktisch bereits zum Lebensmittelgeschäft geworden sind, sollte nach unserer Meinung auch bei kleineren Lebensmittelgeschäften der Status einer "Trinkhalle" erwogen werden, da hierdurch der Verkauf von Lebensmitteln in den gesetzlichen Ladenschlußzeiten zumindest teilweise legalisiert werden könnte.

5. Die zukünftige Modellgemeinde Bimöhlen

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts war die Durchführung eines Modellvorhabens in der Gemeinde Biomöhlen (Krs. Segeberg) am weitesten gediehen. Die Entfernung von Bimöhlen zum Unterzentrum Bad Bramstedt beträgt ca. 5 km. 13,9 % der Erwerbstätigen sind in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, was weit über dem Landesdurchschnitt (4,9 %) liegt. Trotz der landwirtschaftlichen Prägung ist die Zahl der Auspendler, nicht zuletzt nach Hamburg, erheblich. Am Dorfplatz befindet sich ein Lebensmittelgeschäft, das von einem sehr aktiven, ca. 50jährigen Kaufmann und seiner Frau geführt wird. Die eigentliche Ladenfläche beträgt 50 m², hinzu kommen ca. 70 m² Lagerflächen. Für das Modellvorhaben wurden von uns vor allem folgende Maßnahmen als vordringlich erachtet:

- Erweiterung der Verkaufsfläche und Verbesserung der Raumteilung,
- Verlagerung des Eingangs- und Kassenbereichs zum Dorfplatz (bisher an der Seitenfront) und attraktivere Gestaltung der Warenpräsentation,

- Anlagerung zusätzlicher Dienstleistungsfunktionen, die z.T. auch mit Platzbedarf verbunden sind.

Insgesamt stehen dafür an Landeszuschüssen 100 000 DM sowie an Kreis- und Gemeindezuschüssen jeweils 25 000 DM zur Verfügung. Der Kaufmann wird sich mit 50 000 DM beteiligen. Mit den Umbauten soll noch 1990 begonnen werden. Aus "allgemeinen" Dorfemuerungsmitteln wird der Kaufmann insofern Unterstützung erhalten, als die Neugestaltung des Dorfplatzes auch die Zugänglichkeit und Attraktivität des Ladens erhöhen wird.

Die von uns wegen der Übertragung von Zusatzfunktionen geführten Verhandlungen konnten in zwei Fällen erfolgreich abgeschlossen werden: Seit dem 1.1.90 hat der Kaufmann die örtliche Zahlstelle der Raiffeisenbank übernommen, und mit der Northwest-Lotto-Zentrale wurde ein Vertrag geschlossen, der jedoch erst nach Abschluß der Umbaumaßnahmen in Kraft treten kann. Wie erwähnt, verlief der Versuch, die Deutsche Bundespost in das Modellvorhaben einzubeziehen, leider erfolglos. Für das Engagement des Kaufmanns spricht, daß er auf eigene Initiative eine Reinigungsannahme eingerichtet hat und Postwertzeichen vertreibt. Ähnlich wie im Falle des Geschäfts in Osterby wird also voraussichtlich ab Ende 1991 in Bimöhlen ein gutes Beispiel für einen integrierten Versorgungstützpunkt zu finden sein.

6. Abschließende Bewertung

Es darf kein Zweifel darüber entstehen, daß es sich bei der Übertragung von Zusatzfunktionen auf ländliche Lebensmittelgeschäfte nicht um eine "Wunderkur" handelt, die alle Probleme des ländlichen Einzelhandels löst. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß ein gezieltes staatliches und kommunales Engagement für die Sicherung der Grundversorgung eine wichtige Maßnahme zur Erfüllung des raumordnerischen Grundsatzes "Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse" darstellt.

Das Land Schleswig-Holstein zeigt mit der Durchführung der beiden Modellvorhaben zur Schaffung integrierter Versorgungstützpunkte einen zukunftsweisenden Ansatz, wie durch eine Weiterentwicklung der Dorfemuerung auch die alltäglichen Lebensbedingungen der Dorfbevölkerung verbessert werden können, wobei die herausragende soziale Funktion des Lebensmittelgeschäfts erkannt worden ist.

Kritisch ist die Bewußtseinsbildung der örtlichen Bevölkerung und die Unterstützung durch die örtlichen Kommunalpolitiker in den meisten der von uns untersuchten Gemeinden zu sehen. Hier wäre etwas mehr "vernetztes" und weitsichtigeres Denken wünschenswert. Erfreulich wäre es auch, wenn die Deutsche Bundespost als staatliches Unternehmen eine größere Flexibilität zeigen würde. Es bleibt zu hoffen, daß die Implementation der Modellvorhaben weiterhin zügig voranschreitet. Erforderlich ist schließlich aus unserer Sicht, daß die Effekte der Modellprojekte und auch der sich hoffentlich anschließenden Folgeprojekte ähnlich wie in Dänemark sowohl in betriebswirtschaftlicher als auch in raumstruktureller Hinsicht sorgfältig beobachtet werden.

Dr. Axel Priebs
Prof. Dr. Jürgen Bähr
Geographisches Institut
Universität Kiel
Ludwig-Meyn-Straße 14
2300 Kiel 1